

# Berliner Zeitung

## Protest: Berlins härtestem Nikotin-Gegner droht ein Verfahren



Von Claudia Fuchs

17.05.16, 07:11 Uhr

Johannes Spatz, 73, ist Arzt und engagiert sich deshalb gegen das Rauchen.  
Foto: privat

Dass an Berlins Schulen und Kitas nicht mehr geraucht werden darf, ist ebenso sein Verdienst wie das Verkaufsverbot für Kaugummizigaretten. Jetzt droht Johannes Spatz, dem Sprecher des Forums Rauchfrei, ein Gerichtsverfahren.

*Herr Spatz, was ist passiert?*

Uns wird vorgeworfen, ein Werbeplakat des Konzerns Japan Tobacco International Deutschland zerrissen, damit fremden Besitz beschädigt und den Beweis auch noch ins Internet gestellt zu haben.

*Und, haben Sie?*

Ja, natürlich. Ich stehe dazu.

*Warum haben Sie das getan?*

In meinen Augen ist das ein legitimer Protest gegen die Freiheit der Tabakindustrie, für ihre tödlichen Produkte werben zu dürfen.

*Warum ist Ihnen dieser Protest so wichtig?*

Ich bin Arzt. Und als Arzt ist es wichtig, gegen die Dinge etwas zu unternehmen, die die Menschen krank machen. Das nennt man Prävention. Bei uns darf für ein todbringendes Produkt geworben werden. Das sehe ich nicht ein.

*Gab es ein Schlüsselerlebnis für Ihr Engagement gegen das Rauchen?*

Nein, nicht wirklich. Ich bin nur überzeugt davon, dass ich als Arzt nur wirksam sein kann, wenn ich mich auch politisch engagiere. Das Rauchen ist das größte Risiko für Krankheit und vorzeitigen Tod. In den 90ern, als ich in Hohenschönhausen Leiter der Plan- und Leitstelle Gesundheit war, haben wir festgestellt, dass vor jeder zweiten Schule Werbung für Zigaretten hängt. Die Tabakindustrie wendet sich ganz gezielt an Minderjährige.

*Warum tut sie das?*

Wer über 18 ist und bis dahin nicht raucht, fängt in der Regel auch nicht mehr damit an. Die Tabakindustrie richtet sich deshalb immer an Jüngere. Leider gehen die Ordnungsämter nicht dagegen vor. So habe ich eine Werbung gesehen, in der ein

etwa Siebenjähriger mit Leuchtstab dieses Zigaretten-Kamel in die Luft gemalt hat. Bei dem Motiv hat sich sogar die Bundesdrogenbeauftragte gewehrt.

*Es hat sich viel verändert: In Kneipen wird nicht mehr geraucht, an Kitas und Schulen nicht, in den Büros ...*

Aber es gibt noch viel zu tun. Unser erster berlinweiter Erfolg war das Rauchverbot an den Schulen. Das war 2002. Wir hatten in einer Studie nachgewiesen, dass an den meisten Schulen geraucht wird, später haben wir das auch für Kitas gemacht. Da stellte sich heraus, dass viele Erzieher auch im Beisein der Kinder rauchten. Wir haben gefordert, dass das verboten wird. Berlin war das erste Bundesland mit einer gesetzlichen Regelung.

*Sie könnten sich zurücklehnen und die Früchte ihrer Arbeit genießen ...*

Ich bin für ein generelles Werbeverbot. Eigentlich sollte das schon 2016 kommen, wurde nach massivem Einfluss der Tabakindustrie aber auf 2020 verlegt. Meine Sorge ist, dass es noch weiter nach hinten geschoben wird.

*Wie viele Deutsche rauchen?*

25 Prozent. Also 20 Millionen Menschen. In Berlin sind es sogar mehr als 30 Prozent.

*Haben Sie selbst auch mal geraucht?*

Ja, als 15-Jähriger. Aber nur ein halbes Jahr. Ich habe das physisch sehr stark gemerkt, ich war im Sport ehrgeizig. Das ging einfach nicht.

*Sie sollen nun erklären, keine Plakate mit Zigarettenwerbung mehr abzureißen. Werden Sie das tun?*

Nein, das werde ich nicht tun, die Frist ist auch schon verstrichen. Sollen sie mich doch verknacken. Ich lass das auf mich zukommen. In meinen Augen sollte sich eher ein Konzern verantworten müssen, der für ein Produkt wirbt, dass allein in Deutschland jedes Jahr 121.000 Todesopfer fordert.